

Medienmitteilung

Montag, 20. August 2007

Wohlstand und Solidarität dank attraktivem Steuersystem

economiesuisse schafft Transparenz für eine Versachlichung der Umverteilungsdiskussion

Mit der Studie „Wer finanziert den Staat in der Schweiz?“ präsentiert economiesuisse den ersten Grundstein für eine ganzheitliche und auf Fakten beruhende Analyse der staatlichen Umverteilungsflüsse. Die Studie bestätigt, dass das schweizerische Steuersystem ausgeprägt solidarisch ist. Von einer Entsolidarisierung kann keine Rede sein. Ein konkurrenzfähiges, attraktives Steuersystem kommt allen zugute – sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung.

Der Staat wird mehrheitlich von einer Minderheit finanziert. Die Unternehmen und die 20 Prozent besteuerten Situierten finanzieren den Staat zu rund 60 Prozent, erklärte Pascal Gentina, designerter Direktor von economiesuisse und Leiter der Studie an der heutigen Medienkonferenz. Die übrigen 80 Prozent der Bevölkerung bezahlen etwas mehr als ein Drittel. Davon trägt der Mittelstand die Hauptlast. Der Rest wird vom Ausland und durch Neuverschuldung zugunsten künftiger Generationen finanziert.

Die Unternehmen leisten nicht zuletzt in ihrer Arbeitgeberrolle den grössten Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO und ALV). Damit leisten sie hohe Solidaritätsbeiträge für die soziale Sicherheit. Zusätzliche Sozillasten würden dem Standort Schweiz schaden. Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, weist deshalb warnend darauf hin, dass die Schweiz bezüglich der Sozillastquote in einen kritischen Bereich vorgestossen ist.

Seit jeher wird in Politik und Gesellschaft die Frage über das richtige Mass der Umverteilung kontrovers diskutiert, oft mehr ideologisch als auf der Basis von Fakten. Allzu oft führt Intransparenz in politischen Debatten zu reinen Glaubenskriegen mit polarisierenden Positionen. Die Studie „Wer finanziert den Staat in der Schweiz?“ legt den Grundstein für eine Versachlichung der politischen Diskussion. Die relevanten Zusammenhänge werden aufgezeigt. Gemäss economiesuisse-Präsident Gerold Bührer wird klar, dass es keine Alternative zu einer an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientierten Steuerpolitik gibt.

Die nachhaltige Finanzierung eines leistungsfähigen Staates und seiner Sozialwerke beruht wesentlich auf der steuerlichen Standortattraktivität. Folgt man falschen steuerpolitischen Konzepten, wird ein Abwandern guter Steuerzahler riskiert, massive Einnahmeneinbussen sind die Folge. Der Mittelstand und die unteren Einkommen hätten die Konsequenzen zu tragen. Leistungsabbau und/oder Steuererhöhungen sind die Stichworte. Für den Präsidenten der Finanz- und Steuerkommission von economiesuisse, Thomas Staehelin, ist deshalb klar, dass die Schweiz an ihrem bewährten Steuerwettbewerbsmodell festhalten muss und mit Steuerreformen im Interesse der Wirtschaft vorwärts machen soll.

Rückfragen: Pascal Gentina, Telefon 044 421 35 35; pascal.gentina@economiesuisse.ch